

Wahlkampf GB – Ed Miliband (Labour): „Islamophobie gesetzlich zu verbieten“



☒ Das Superwahljahr in der EU geht, nach Estland, Frankreich (Regionalwahl) und Finnland, am 7. Mai in GB weiter. In Dänemark wird wahrscheinlich am 14. September gewählt. Innerhalb der EU zeichnen sich Großbritannien und Dänemark durch ihre starken euroskeptischen Bewegungen aus. Stehen die Zeichen auf „Brexit“? Muss Europa sich gar auf eine euroskeptische Allianz zwischen den beiden Ländern einstellen? Man darf ja mal träumen. In Anbetracht der Umfragen für Großbritannien, die wenige Tage vor der Wahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Konservativen und der oppositionellen Labourpartei prognostizieren, könnten britische Muslime – deren überwältigende Mehrheit (68 Prozent) bei den Parlamentswahlen 2010 für Labour gestimmt hat – tatsächlich den Ausschlag darüber geben, wer der kommende Premierminister werden wird.

(Von Alster)

Na, da muss der Nachfolger vom islamophilen Ex-Premier und Ex-Labour-Chef Tony Blair (der den Koran als Reformiertes Buch sah, das praktisch in der Einstellung zur Regierungsführung und zu den Frauen und der Ehe seiner Zeit weit voraus war) doch mal klotzen, um mit Hilfe der Muslime die Wahlen zu gewinnen. Was gibt es da Besseres, als ihnen zu versprechen, dass kein einziger Aspekt der islamischen Kultur kritisiert

werden darf, sei es die Verbreitung der Burka, die Einrichtung von Schariagerichten oder der Bau kolossaler neuer Moscheen. So hat denn der Vorsitzende der britischen Labourpartei, Ed Miliband (Foto), angekündigt, „Islamophobie“ zu verbieten, sollte er nach den Parlamentswahlen am 7. Mai Premierminister werden. In einem Exklusiv-Interview mit The Muslim News sagte Miliband:

„Wir werden [Islamophobie] zu einem Verbrechen von besonderer Schwere machen. Wir werden sicherstellen, dass sie in den Polizeiakten vermerkt wird, denn wir wollen Islamophobie als ein Hassverbrechen an der Wurzel ausmerzen. Wir werden das Gesetz so ändern, dass unsere Abscheu vor Hassverbrechen und Islamophobie absolut klar wird. Erstmals wird die Polizei islamophobe Angriffe überall im Land registrieren.“

Der britische Autor und Publizist Douglas Murray versprach daraufhin einen öffentlichen Test des neuen Gesetzes:

Wenn Ed Miliband Staatsminister wird, werde ich sofort ein Treffen mit Wissenschaftlern, Schriftstellern, Korangelehrten und Philosophen – muslimische und nichtmuslimische – arrangieren, um mit ihnen den Islam zu diskutieren...Als Nicht-Muslim, könnte ich zum Beispiel meine Überzeugung wiederholen, dass es höchst unwahrscheinlich ist, dass der Koran von Gott „diktiert“ worden ist. Dies ist nicht nur meine Überzeugung sondern auch die Überzeugung der Sikhs, Hindus, Juden, Christen, Atheisten und Ex-Muslime Teile, um nur einige Minderheiten zu nennen.

Nun könnten diese Erkenntnisse für Premier Ed problematisch werden, wenn sich herausstellt:

- a) Was ich sage, ist wahr*
- b) Die Islamophobie-Branche wird weiterhin behaupten, das sei Islamophobie*
- c) Ed`s Islamophobie-Gesetz ist folglich illegal*
- d) Ed hat die Wahrheit als gesetzwidrig ausgewiesen*

Das würde zum Problem werden, oder? Wie auch immer, die Nachrichten aus meiner Heimat machen mich nicht gerade mutlos. Faktisch habe ich den leisen Wunsch, dass Ed Premier wird, ich freue mich schon auf das Wahlresultat.

Einen Strich durch die Rechnung kann der islamistische Prediger Anjem Choudary Ed Miliband machen. Er rät Muslimen davon ab, wählen zu gehen, denn das Wählen sei eine „Sünde“ gegen den Islam, weil Allah „der einzige Gesetzgeber“ sei. Muslime, die wählen oder bei Wahlen kandidieren, bezeichnet er als „Apostaten“.

Hier ist ein eindrucksvolles Video, in dem „Britain First“ und EDL im April 2015 gegenüber der Regent Park Mosque demonstrieren. Anjem Choudary tritt hier mit seiner Initiative „Don`t vote“ auf:

» Siehe auch den Bericht von Soeren Kern, Gatestone-Institute